

Vergabenummer: 2026 003

Veranstaltungstechnik Aula Neubau Europagymnasiums Kerpen

# PLANUNGSVERTRAG

zwischen der

**Kolpingstadt Kerpen,  
Jahnplatz 1, 50171 Kerpen,  
vertreten durch den Bürgermeister Thomas Jurcyk**

- **im Folgenden: Auftraggeber (AG) –**

und der

**XXXX**

- **im Folgenden: Auftragnehmer (AN) –**

Vergabenummer:2026\_003

Veranstaltungstechnik Aula Neubau Europagymnasiums Kerpen

## § 1 Vertragsgegenstand

Gegenstand des Vertrages sind Planungsleistungen für das nachfolgende Bauvorhaben:

**Neubau Europagymnasium Kerpen - Veranstaltungstechnik Aula**

### 1. Veranlassung

Die Kolpingstadt Kerpen beabsichtigt den

**Neubau des Europagymnasiums Kerpen inkl. Sporthallen, Sportanlagen und Außenanlagen.**

### 2. Beschreibung des Bauvorhabens

Die Kolpingstadt Kerpen plant den Neubau des Europagymnasiums sowie die Errichtung von Sport- und Freianlagen im Stadtteil Kerpen-Nord. Das Vorhaben umfasst das neue Schulgebäude mit Unterrichtsbereichen, Sporthallen sowie umfangreiche Außen- und Sportflächen mit Leichtathletikanlage und weiteren Kleinspielfeldern.

#### Veranstaltungsstätte Aula

Die Aula wird zukünftig für mehrere Nutzergruppen zur Verfügung stehen. Dies sind neben der schulischen Nutzung ebenso außerschulische Nutzungen für regelmäßige bzw. einmalige Veranstaltungen.

#### Schulische Nutzung der Aula

Montag bis Freitag als Pausen- und Unterrichtsfläche.

Nutzung für schulische Veranstaltungen an mehreren Wochenenden und Abende im Jahr.

Die maximale Belegung wird gemäß dem für die Veranstaltung genutzten Bestuhlungsplan festgelegt.

#### Regelmäßige außerschulische Nutzung

Nutzung durch Vereine und andere Organisationen

#### Nutzung für einmalige Veranstaltungen

Außerhalb der schulischen Nutzung wird die Aula als Veranstaltungsstätte genutzt.

Die maximale Belegung wird gemäß dem für die Veranstaltung genutzten Bestuhlungsplan festgelegt.

Eine parallele Nutzung mit regelmäßigen Nutzern findet nicht statt. Nutzung als Versammlungsstätte.

Aktuell befindet sich das Projekt zu Beginn der LPH 5.

## § 2 Vertragsgrundlage

1. Grundlagen dieses Vertrages und maßgebend für den Leistungsumfang des AN sind:

1.1 die Bestimmung dieses Vertrages,

1.2 die Allgemeinen Vertragsbestimmungen der Stadt Kerpen zu Verträgen mit freiberuflich Tätigen (**Anlage 1**),

1.3 die Zusätzlichen Vertragsbestimmungen (ZVB-Tech, **Anlage 2**)

Vergabenummer:2026\_003

Veranstaltungstechnik Aula Neubau Europagymnasiums Kerpen

- 1.4 die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes NRW zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW (BVB TVgG NRW), Formular 513 EU aus dem VHB NRW (Anlage 3),
- 1.5 die noch zu erteilende Baugenehmigung einschließlich Auflagen und Bedingungen (auch Teilbaugenehmigungen einschließlich Auflagen und Bedingungen),
- 1.6 das Honorarangebot des AN, auf welches der Zuschlag erteilt wurde (Anlage 4),
- 1.7 die öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Normen betreffend die Errichtung des Bauvorhabens, insbesondere im planungs- und bauordnungsrechtlichen Bereich,
- 1.8 die allgemein anerkannten Regeln der Technik, der Baukunst und des Handwerks, die VOB/C sowie alle technischen Vorschriften und Normen, wie z.B. DIN-Norm, EN-Norm, ISO-Normen und VDI/VDE-Richtlinien einschließlich veröffentlichter Entwürfe – in der zum Zeitpunkt der Abnahme jeweils aktuellen Fassung; sofern und soweit die Mindest-Normen und andere der vorgenannten Vorschriften / Normen nicht den anerkannten Regeln der Technik, der Baukunst und des Handwerks entsprechen, gilt nicht die DIN-Norm oder die entsprechende Vorschrift/Norm; die Leistungen sind in diesem Fall vielmehr entsprechend den anerkannten Regeln der Technik, der Baukunst und des Handwerks zu erbringen,
- 1.9 Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure - HOAI) in der Fassung von 2021,
- 1.10 die Bestimmungen des BGB.
2. Die unter Ziffer 1 aufgeführten Vertragsgrundlagen sind dem AN bekannt (mit Ausnahme der noch zu erteilenden Baugenehmigung/Teilbaugenehmigungen zu Ziffer 1.5); dies gilt auch für diejenigen, die diesem Vertrag nicht beigelegt sind.
3. Die Rangfolge der Vertragsgrundlagen ergibt sich aus der Reihenfolge gem. Ziffer 1, soweit nicht nachstehend etwas Anderes geregelt ist.
4. Die Projektsprache ist deutsch.

### **§ 3 Leistungen des AN**

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Zusammenwirken mit den übrigen am Planungsprozess Beteiligten so zu planen, dass der Kostenrahmen für die Gesamtbaumaßnahme eingehalten werden kann.

Darüber hinaus hat der Auftragnehmer bei geförderten Maßnahmen in Abstimmung mit den übrigen am Planungsprozess Beteiligten so zu planen, dass eine höchstmögliche Förderung erreicht wird.

**Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber fortlaufend zu Kostenrisiken zu beraten.**

Vorbehaltlich der Beauftragung weiterer Leistungsstufen des AN - vgl. dazu § 4 - gehört zum Leistungsumfang des AN:

Leistungen gemäß dem Honorarangebot (Anlage 4)

#### **§ 4 Auftragsumfang, stufenweise Beauftragung**

1. Der AG überträgt dem AN mit Abschluss dieses Vertrages die in § 3 beschriebenen Leistungen und die benannten Zusätzlichen Leistungen, soweit sie im Zusammenhang mit den beauftragten Leistungen erbracht werden müssen, stufenweise.

Leistungen, die nach dem Inhalt dieses Vertrages zum Gegenstand der Leistung des AN während der beauftragten Leistungsphasen gehören, sind Gegenstand dieser Beauftragung.

2. Zunächst werden die Leistungen folgender Leistungsphasen beauftragt:

**Stufe 1: Leistungsphasen (LPH) 6 bis 7 HOAI für Technische Ausrüstung (§55 HOAI)**

3. Der Auftraggeber behält sich vor, zu gegebener Zeit die folgenden Leistungen in weiteren Auftragsstufen ganz oder teilweise zu übertragen.

**Stufe 2: Bauoberleitung und Projektabschluss (LPH 8-9 HOAI)**

4. Der AN hat den AG unverzüglich unaufgefordert schriftlich zu unterrichten, wenn der Abschluss der beauftragten Leistungen bevorsteht oder für ihn erkennbar wird, dass nach Beendigung der ihm übertragenen Leistungen weitere Planungsleistungen notwendig werden. Dies gilt auch für Leistungen, die aus einer evtl. Anschlussbeauftragung des AN resultieren.

Der AN verpflichtet sich, weitere Planungsleistungen gemäß § 3 nach entsprechender Beauftragung durch den AG zu erbringen, sofern diese spätestens 6 Monate nach vollständiger Erbringung der mit diesem Vertrag (oder einer evtl. Anschlussbeauftragung) beauftragten Leistungen beauftragt werden. Die Frist von 6 Monaten beginnt nicht vor dem Eingang der schriftlichen Mitteilung des AN entsprechend dem vorstehenden Absatz.

5. Eine evtl. Anschlussbeauftragung hat schriftlich zu erfolgen. Die Annahme von Leistungen des AN zu nicht schriftlich beauftragten weiteren Leistungen/Leistungsphasen durch den AG beinhaltet nicht eine Anschlussbeauftragung des AN durch den AG mit einer oder mehreren weiteren Leistungen/Leistungsphasen.
6. Die Beauftragung mit weiteren Leistungen nach § 4.3 steht dem Auftraggeber frei. Daraus, dass keine Anschlussbeauftragung/en durch den AG erfolgt/erfolgen, erwachsen dem AN keine Ansprüche gegen den AG. Aus einer stufenweisen (Anschluss-) Beauftragung und einer daraus resultierenden Unterbrechung kann der AN keine Erhöhung seines Honorars verlangen oder sonstige Ansprüche geltend machen. Ein Rechtsanspruch auf Übertragung weiterer Leistungen besteht nicht. Die Übertragung erfolgt schriftlich.
7. Für eine evtl. Anschlussbeauftragung gelten die Bedingungen dieses Vertrages.

### **§ 5 Leistungen des AG / Vertretung des AG**

Als Ausnahme von dem Grundsatz, dass die Leistungen des AN sämtliche Architekten und Ingenieurleistungen der Leistungsbilder gemäß § 3 Ziffern 1-3 für die vollständige und funktionsgerechte Planung und Objektüberwachung des Bauvorhabens beinhalten, wird der AG weitere Fachplanungsleistungen selbst oder durch von ihm beauftragte Dritte erbringen. Der AN ist verpflichtet, bei Erbringung der von ihm vertraglich geschuldeten Leistungen diese Leistungen zu berücksichtigen und zu integrieren.

1. Verantwortliche Projektleiter\*innen des AG, Ansprechpartner\*innen des AN und weisungsbefugt gegenüber dem AN sind:

1. xxxx  
2. xxxx

weitere Personen werden im Verlauf des Projektes benannt.

2. Der AG ist berechtigt, anstelle der in Nr. 1 genannten Personen, jemand anderen zu benennen. Eine solche Benennung muss dem AN gegenüber schriftlich erfolgen.

### **§ 6 Einzelheiten der Leistungserbringung des AN**

Die Vertragsparteien einigen sich darauf, dass die im Angebot des AN vom xx.xx.xxxx (Anlage 4) beschriebenen Leistungen Vertragsgegenstand werden und mit den in § 8 Nr. 1 und 2 dieses Vertrags beschriebenen Honoraren abgegolten sind. Sofern weitere besondere Leistungen, die nicht Bestandteil der Honorarleistungen sind, beauftragt werden sollen, werden diese unter den Voraussetzungen des § 8 Nr. 3 dieses Vertrages nach gesonderter schriftlicher Zustimmung des AG abgerufen.

Bezugnehmend auf Vorstehendes halten die Parteien Folgendes fest:

1. Der AN ist zur Kostenplanung, -steuerung und -kontrolle verpflichtet.  
Die Kostenplanung hat sich an die DIN 276 | 2018-12 zu halten. Änderungen der Kosten, die sich aus der Dauer der Maßnahme ergeben könnten, sind zunächst zu prüfen und in begründeten Fällen gesondert zu berücksichtigen und auszuweisen.
- 1.1. Der AN verpflichtet, die Kosten auch nach der Kostenberechnung kontinuierlich (zweimonatlich) baugewerkeweise zu verfolgen und Abweichungen von der mit dem AG festgelegten Vorgabe abzugleichen.
- 1.2. Der AN hat die Entwicklung der Kosten – insbesondere der Baukosten – kontinuierlich zu beobachten, die maßgeblichen Kostenfaktoren zu analysieren, die Kosten eigenständig zu ermitteln, die ermittelten und genehmigten Kosten mit den real zu erwartenden Kosten zu vergleichen und in übersichtlicher und nachvollziehbarer Weise die Kostenentwicklung zu kommentieren und zu prognostizieren.
- 1.3. Kostenkontrollblätter sind dem AG unaufgefordert, mindestens zweimonatlich vorzulegen, wobei jede Abweichung in den einzelnen Kosteneinheiten darzustellen und zu begründen ist. Abweichungen zu den genehmigten Kosten gem. Kostenberechnung sind in der Form des

Änderungsmanagements zu dokumentieren, wobei die Wirtschaftlichkeit zu beachten und nachzuweisen ist. Das Änderungsmanagement ist vor Veranlassung der Ausführung vom AG freizugeben.

- 1.4. Mit jedem Vergabevorschlag, Nachtrag oder Bestellschein sowie mit jeder Rechnung ist der AN dazu angehalten, einen Abgleich mit den Soll-Vorgaben durchzuführen und den AG auf wesentliche Abweichungen hinzuweisen.
2. Kenntnisnahme, Zustimmung und Freigaben durch den AG:
  - 2.1 Der AN ist verpflichtet, dem AG die koordinierte Entwurfsplanung, versehen mit den Freigabevermerken aller Fachplaner des AN, zur Kenntnisnahme und Zustimmung vorzulegen. Der AN ist verpflichtet, zeitgleich die Kostenberechnung dem AG zur Freigabe vorzulegen.
  - 2.2 Der AN ist auch verpflichtet, die koordinierte Ausführungsplanung, versehen mit den Freigabevermerken aller Fachplaner des AN, dem AG zur Kenntnisnahme und Zustimmung vorzulegen.
  - 2.3 Die Einzelheiten und Durchführung der Planfreigabe und des Planlaufes werden von den Parteien noch gesondert geregelt.
  - 2.4 Die Kenntnisnahme und Zustimmung durch den AG entbindet den AN nicht von seiner Verpflichtung zur Erbringung einer vertragsgemäßen Leistung. Es ist die alleinige Verpflichtung des AN, die von ihm geschuldete Entwurfsplanung, Kostenberechnung und Ausführungsplanung vertragsgerecht zu erstellen.

Vorstehendes gilt für alle vom AN gefertigten und vom AG freigegebenen Kostenermittlungen und Planunterlagen.
3. Werkstatt- und Montagepläne der bauausführenden Gewerke sind vom AN unverzüglich zu prüfen und freizugeben bzw. mit Änderungsanordnungen zu versehen. Der AN hat durch eine engmaschige Kontrolle der Planläufe und eine zeitnahe Abarbeitung der Pläne sicherzustellen, dass ausführende Gewerke nicht durch fehlende oder verzögerte Planläufe in der Ausführung behindert werden.
4. Nachtragsangebote von mit der Bauausführung beauftragten Unternehmen hat der AN kurzfristig zu prüfen. Zusammen mit dem Prüfergebnis ist der Entwurf einer Ablehnung des Nachtragsangebotes oder ein Nachtragsentwurf zu erstellen, fachtechnisch zu begründen und dem AG umgehend vorzulegen.
5. Während der Bauphase hat der AN ein elektronisches Bautagebuch – nach Vorgabe des AG – zu führen, dass über alle Vorgänge im Projektablauf und besonders detailliert während der Bauphase ab Beginn der Leistungsphase 8 Auskunft gibt. Kopien/Ausdrucke des Bautagebuches sind dem AG am 1. Werktag einer jeden Woche unaufgefordert vorzulegen.
6. Während der gesamten Bauzeit sind regelmäßig Baubesprechungen mit allen an der Bauausführung aktuell beteiligten Unternehmen sowie vom AG zusätzlich benannten Beteiligten durchzuführen. Die Baubesprechungen werden vom AN geleitet; ihre Inhalte und Ergebnisse werden von ihm protokollarisch festgehalten. Die Protokolle über die Baubesprechungen sind dem AG zeitnah und unaufgefordert zur Verfügung zu stellen. Ausnahmen sind nach vorheriger Absprache und Zustimmung des AG möglich.

7. Bei Bedarf hat der AN gemeinsame Aufmaße mit den ausführenden Unternehmen vorzunehmen und diese gemeinsam zu unterzeichnen.

Der AN ist auch verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass Teilleistungen, die im Zuge des Baufortschritts nicht mehr aufgemessen werden können, rechtzeitig gemeinsam aufgemessen werden.

8. Die Qualitätsvorgaben sind in jeder Projektphase u.a. durch kontinuierliche Soll-/Ist-Vergleiche gegenüber den genehmigten/freigegebenen Unterlagen sicherzustellen. Soweit erforderlich, ist der AG sofort zu unterrichten, damit mehrkostenauslösende und/oder termingefährdende Änderungen an einer späteren Projektphase verhindert werden können. Zugleich sind detaillierte Vorschläge - ggf. Alternativvorschläge - zur Problemlösung unter Berücksichtigung der Planungs- und Projektziele zu unterbreiten.

Die Qualitätsvorgaben sind vom AN durch regelmäßige Kontrollen der Bauausführung und durch effiziente Verfolgung offener Leistungen und Mängel sicherzustellen.

Soweit mit einem bauausführenden Gewerk Uneinigkeit über das Vorhandensein von Mängeln oder über den Umfang erbrachter Leistungen besteht, sind die dazu relevanten Gegebenheiten vom AN umfassend zu dokumentieren (ggf. auch durch fotografische Darstellung). Der AG ist so rechtzeitig zu unterrichten, dass von ihm beweisichernde Maßnahmen eingeleitet werden können. AG und AN vereinbaren noch einmal ausdrücklich, dass der AN das Ergebnis jeder Leistungsphase mit dem Auftraggeber zu erörtern hat (vom AN geschuldeter Teilerfolg).

#### **§ 7 Allgemeine Pflichten des AN/Vertreter des AN**

1. Der AN ist verpflichtet, seine vertraglichen Leistungen u.a. nach den allgemein anerkannten Regeln der Baukunst und Bautechnik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und nach den Vorschriften des öffentlichen Rechts zu erbringen. Die Leistungen müssen die Gewähr dafür bieten, dass bei der weiteren Bearbeitung nach ihnen ohne Änderungen eine für das vorgesehene Vertragsziel verwendbare bauliche Anlage errichtet werden kann.
2. Müssen Entscheidungen des AG eingeholt werden, hat der AN dem AG unverzüglich ausreichende, bewertete Entscheidungsalternativen mit begründeten Empfehlungen vorzulegen und ihn bei der Entscheidungsfindung zu beraten.
3. Erhält der AN Unterlagen oder Auskünfte vom AG, insbesondere auch Planungsleistungen von im Auftrag des AG tätigen Planern, so hat er diese auf ihre Verwertbarkeit zu überprüfen, insbesondere darauf, ob sie plausibel sind.
4. Der AN ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des AG im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen verpflichtet. Als unabhängiger Sachwalter des AG darf der AN keine konkurrierenden Interessen, insbesondere von Unternehmen und Lieferanten, vertreten. Der AN ist nicht berechtigt, rechtliche oder finanzielle Verpflichtungen für den AG einzugehen.

5. Der AN hat dem AG auf dessen Verlangen über nach diesem Vertrag geschuldete Leistungen sowie beeinträchtigende Ereignisse regelmäßig und ohne besondere Vergütung Auskunft zu erteilen. Der AN hat den AG darüber hinaus unverzüglich über alle wesentlichen Vorgänge, insbesondere, wenn damit finanzielle Folgen verbunden sein können, unaufgefordert schriftlich zu informieren.
6. Der AN hat die Anregungen und/oder Anordnungen des AG zu beachten. Hält der AN solche Anregungen oder Anordnungen für falsch oder nicht sachdienlich, so hat er die dem AG unter Darlegung seiner Gründe schriftlich mitzuteilen. AG und AN werden sich bemühen, Einvernehmen herzustellen. Gelingt dies nicht, ist der AN verpflichtet, die Anregungen oder Anordnungen des AG zu befolgen, es sei denn, die Anregungen oder Anordnungen verstoßen gegen zwingendgesetzliche Vorschriften.
7. Der AN ist verpflichtet, regelmäßige Planungs- und Baubesprechungen zu organisieren und durchzuführen. Der AG ist dazu einzuladen.  
Der AN ist verpflichtet, die für die Entscheidungen des AG relevanten Ergebnisse von Planungs- und Baubesprechungen zu dokumentieren und die entsprechenden Unterlagen dem AG umgehend zur Verfügung zu stellen.
8. Der AN hat dem AG, auf entsprechende Anforderung hin, während der Vertragslaufzeit auf das Bauvorhaben bezogene Auskünfte zu erteilen. Er ist zur Mitwirkung an das Bauvorhaben betreffenden gerichtlichen Verfahren verpflichtet einschließlich schriftlicher oder mündlicher Unterrichtung der anwaltlich Bevollmächtigten des AG. Die entsprechenden Tätigkeiten des AN werden gemäß 8.2 gesondert nach Aufwand vergütet.
9. Zur Sicherstellung einer vertragsgemäßen Leistungserbringung verpflichtet sich der AN, das von ihm im Vergabeverfahren benannte, Projektteam bereitzustellen und einzusetzen. Das Projektteam wird durch einen weiteren Kreis von Mitarbeitern des AN unterstützt, so dass im Falle von Urlaub oder Krankheit Vertretungen sichergestellt sind und die entsprechenden Personen an Terminen teilnehmen. Änderungen dieser Regelung sowie personelle Änderungen der Projektleiter des Projektteams bedürfen der vorherigen, schriftlichen Zustimmung des AG. Ausgenommen davon sind arbeitsrechtliche Gründe. In einem solchen Fall wird der AN unverzüglich nach Bekanntwerden des arbeitsrechtlichen Grundes den AG informieren und unverzüglich für gleichwertigen Ersatz (nach den Vorgaben des Vergabeverfahrens und der dort vom AN jeweils angegebenen Berufserfahrung – also Berufsjahre und Projekterfahrung) sorgen. Der Ersatz muss dem AG vorgestellt und von diesem akzeptiert werden. Der AN muss im Fall einer Ablehnung einen Ersatz beibringen, der den Anforderungen des AG vollumfänglich entspricht.

Verantwortliche Ansprechpartner des AN für den AG sind:

.....  
  
.....  
  
.....

Die verantwortlichen Ansprechpartner sind berechtigt und in der Lage, im Rahmen der Vertragserfüllung jederzeit rechtsverbindliche Erklärungen für den AN abzugeben und für den AN entgegenzunehmen.



## § 8 Vergütung des AN

1. Als Vergütung für alle in diesem Vertrag aufgeführten Leistungen des AN - und damit für alle Architekten- und Ingenieurleistungen für die vollständige und funktionsgerechte Planung und Durchführung des Bauvorhabens mit Ausnahme der Leistungen, die der AG selbst erbringt oder von ihm beauftragte Dritte - vereinbaren die Parteien ein pauschales Honorar. Die anzuwendenden Honorarparameter sind dem Angebot (Anlage 4) zu entnehmen. Mit diesem Honorar werden sämtliche Tätigkeiten des AN und der von ihm eingesetzten Subplaner abgegolten. Es ändert sich nicht, wenn sich der erbrachte Arbeitsaufwand anders darstellen sollte als bei Vertragsabschluss vom AN zugrunde gelegt.

2. Die Nebenkosten werden mit **x** % des Honorars berechnet.

Abgegolten von diesem Honorar werden insbesondere:

Pläne auch geänderte und ergänzte sind – soweit erforderlich - dem Auftraggeber in 1-facher Ausfertigung als Papierplan und als dxf-Datei zu liefern. Ebenfalls sind Pläne in erforderlicher Anzahl für die Baustelle und die ausführenden Firmen zu erstellen. Alle übrigen Unterlagen wie Berechnungen aller Art, Leistungsverzeichnisse sind -soweit erforderlich - in 2-facher Ausfertigung dem Auftraggeber auszuhändigen. Die hierfür anfallenden Kosten sind mit der Nebenkostenpauschale abgegolten. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nach Aufforderung an den Sitzungen des Stadtrates, seiner Ausschüsse und Besprechungen mit anderen fachlich Beteiligten teilzunehmen. Die hieraus entstehenden Aufwendungen des Auftragnehmers sind bis zu **5** Teilnahmen ebenfalls mit der Nebenkostenpauschale abgegolten.

Darüber hinaus sind alle Fahrt- und Reisekosten mit der Nebenkostenpauschale abgegolten.

Leistungen nach Zeitaufwand können nur dann gefordert werden, wenn sie in diesem Vertrag vereinbart oder vor der Ausführung der jeweiligen Leistung mit dem AG gesondert schriftlich vereinbart worden sind. Hierzu ist der Zeitaufwand vor Beginn der entsprechenden Leistung als Höchstbetrag zu bestimmen und zuzüglich der vereinbarten Nebenkostenpauschale dem AG zur Genehmigung und zusätzlichen Beauftragung vorzulegen.

Soweit Leistungen nach Zeitaufwand abzurechnen sind, werden folgende Stundensätze vereinbart:

|                                       |             |
|---------------------------------------|-------------|
| ■ für den Geschäftsführer             | <b>xx €</b> |
| ■ für den Projektleiter:              | <b>xx €</b> |
| ■ für den sachbearbeitenden Ingenieur | <b>xx €</b> |
| ■ für Techniker/Konstrukteur          | <b>xx €</b> |

Der Zeitaufwand ist vom AN monatlich Beginn des Folgemonats durch Vorlage von Stundennachweisen gegenüber dem AG nachzuweisen. In den Stundennachweisen ist der jeweilige Mitarbeiter (Name, Funktion im Sinne der vorstehenden Vereinbarung) und der genaue Zeitpunkt und Zeitraum (Datum, Uhrzeiten) der verrichteten Arbeiten anzugeben; daneben ist die Leistungsdetailliert zu beschreiben. Zuschläge auf Zeithonorare, aus welchen Gründen auch immer, sind ausgeschlossen.

3. Die jeweils gültige Umsatzsteuer für die Leistungen des AN ist gesondert auszuweisen und vom AG geschuldet (§ 16 Abs. 1 HOAI).

### § 9 Abrechnung und Zahlung / Überzahlung

1. Auf Anforderung und entsprechende Rechnungslegung des AN erhält der AN Abschlagszahlungen auf das Gesamthonorar. Voraussetzung ist, dass der AN nachvollziehbar darlegt, dass er hierfür die Zahlung maßgeblichen Leistungsstände vertragsgemäß erbracht hat. Der AG ist berechtigt, diese Darlegungen zu prüfen und Einwendungen zu erheben. Die Zahlungsfristen ergeben sich aus § 12 der Allgemeinen Vertragsbestimmungen der Stadt Kerpen zu Verträgen mit freiberuflich Tätigen (**Anlage 1**).

Zahlungen des AG auf Abschlagsrechnungen des AN beinhalten weder ein Anerkenntnis des mit der Rechnung ausgewiesenen Leistungsstandes noch eine Abnahme der ausgeführten Leistungen des AN.

2. Nach rechtsgeschäftlicher Teilabnahme nach § 13 Ziffer 2 Abs. 1 dieses Vertrages hat der AN die bis dahin erbrachte Leistungen in einer prüffähigen Teil-Schlussrechnung abzurechnen. Die nach dieser rechtsgeschäftlichen Abnahme noch zu erbringenden Leistungen hat der AN ergänzend in einer prüffähigen Schlussrechnung abzurechnen, wenn die rechtsgeschäftliche Schlussabnahme nach § 13 Ziffer 2 Abs. 1 dieses Vertrages erfolgt ist. Erfolgt allein eine rechtsgeschäftliche Abnahme nach § 13 Ziffer 2 Abs. 2, hat der AN alle seine Leistungen nach dieser Abnahme in einer prüffähigen Schlussrechnung abzurechnen.

Zahlungen des AG auf die Teil-Schlussrechnung und die Schlussrechnung erfolgen entsprechend § 12 der Allgemeinen Vertragsbestimmungen der Stadt Kerpen zu Verträgen mit freiberuflich Tätigen - Anlage 1 -. Weitere Fälligkeitsvoraussetzung ist die rechtsgeschäftliche Teilabnahme bzw. Schlussabnahme/Abnahme nach § 13 Ziffer 2 dieses Vertrages.

3. Jede Rechnung des AN muss - prüffähig aufgeschlüsselt - u.a. eine Aufstellung der erbrachten Leistungen und eine Aufstellung der bereits angewiesenen Abschlagszahlungen enthalten, sofern keine andere Regelung getroffen ist. Die Rechnungen sind als fortgeschriebene Rechnungen aufzustellen.
4. Rechnungen sind als PDF-Dokument per E-Mail an die E-Mail-Adresse  
[rechnungseingang@stadt-kerpen.de](mailto:rechnungseingang@stadt-kerpen.de)

zu senden. Im Betreff dieser E-Mails ist unbedingt die Abteilung 19.1 zu benennen. Weitere Anschreiben oder Dokumente sind aus technischen Gründen nicht beizufügen.

5. Für Honoraransprüche bezüglich geänderter Leistungen nach § 10 erhält der AN keine Abschlagszahlungen. Zeithonorare sind nach den dazu getroffenen Vereinbarungen monatlich abzurechnen.
6. Wenn und soweit der AN einzelne der in § 3 bezeichneten Leistungen nicht erbringt, ist der darauf entfallende Honoraranteil entsprechend zu mindern, sofern der AN sie nicht auf entsprechende Aufforderung des AG nacherfüllt. Eine Nacherfüllung von Leistungen, die nicht mehr erforderlich sind, führen nicht zu einer nachträglichen Zahlungsverpflichtung. Die Parteien sind sich einig darin, dass entfallene beauftragte Leistungen nicht nach den Grundsätzen einer Teilkündigung des Vertrages abgerechnet werden. Diese Vereinbarung wird von den Parteien insbesondere deshalb getroffen, weil der Anfall der Leistungen von der Planung des AN abhängt und somit insbesondere zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrages nicht bekannt ist, welche Leistungen anfallen bzw. anfallen können.

Nachforderungen des AN sind ausgeschlossen, wenn der AG auf die Teil-Schlussrechnung / Schlussrechnung Zahlung geleistet hat und er nach den Grundsätzen von Treu und Glauben davon ausgehen durfte, dass der AN mit der Teil-Schlussrechnung / Schlussrechnung eine endgültige Bewertung seiner Leistungen vorgenommen hat. Dies gilt nicht, wenn dem AN erst nach Erteilung der Teil-Schlussrechnung/Schlussrechnung Umstände bekannt werden, die ein höheres Honorar rechtfertigen. Stellt der AG bei einer Nachprüfung fest, dass er gegenüber dem AN eine Überzahlung geleistet hat, ist der AN verpflichtet, den zu viel erhaltenen Betrag binnen 12 Werktagen nach Zugang der Zahlungsaufforderung dem AG zu erstatten. Der AN kann sich nicht auf den Wegfall der Bereicherung gem. § 818 Abs. 3 BGB berufen. Als Beweiserleichterung werden die tatsächlich gezogenen Leistungen mit 8 % über dem jeweils gültigen Basiszinssatz gem. § 247 BGB angenommen. Den Parteien bleibt der Nachweis für höhere oder geringere gezogene Nutzungen offen. Ein Anspruch des AG auf Verzugszinsen bleibt unberührt.

### **§ 10 Änderung der Planung**

1. Der AG kann verlangen, dass der AN Änderungen und Erweiterungen des jeweiligen vertraglichen Leistungsumfanges (nachfolgend: Änderungen) nach Maßgabe des Folgenden vornimmt.

2. Bei Änderungen des Planungs- und Projektziels mit der Folge, dass Planungsleistungen zusätzlich nach grundsätzlich verschiedenen Anforderungen gefertigt werden müssen, hat der AN Anspruch auf eine gesonderte Vergütung.

Sonstige Änderungen ohne Änderungen des Planungs- und Projektziels vor Kenntnisnahme und Zustimmung der Ausführungsplanung durch den AG sind von dem AN ohne gesonderte Vergütung jederzeit vorzunehmen.

3. Leistungsbild A: Für Änderungen der Ausführungsplanung durch den AG gilt:

- 3.1 Geringfügige und unwesentliche Änderungen der Planung, deren Zeitaufwand sich im Rahmen üblicher Optimierung hält, führen nicht zu einem zusätzlichen Vergütungsanspruch.

- 3.2 Für darüberhinausgehende wesentliche Änderungen werden die Parteien eine gesonderte Vergütung vereinbaren. Wesentliche Änderungen sind solche,

- die wesentlichen Bauteile, die Statik, wesentliche Teile der Haustechnik etc. betreffen, und
- die gleichzeitig einen Mehraufwand verursachen, der (kumuliert) über 5 % des sich aus dem Honorarangebot des AN gemäß § 2 Nr. 1.6 ergebenden Honorars der jeweiligen Leistungsphase liegt.

Soweit die --vom AN darzulegenden und nachzuweisenden - vorstehend aufgeführten Voraussetzungen vorliegen, ist der über 5 % hinausgehende Anteil vom AG zu vergüten.

Der AN teilt dem AG rechtzeitig den Termin mit, bis zu dem wesentliche Änderungen auch ohne geänderte Vergütungen möglich sind. Der AN wird für wesentliche Änderungen eine Schätzung des voraussichtlichen Zeitbedarfs vornehmen.

4. Wesentliche Änderungen i. S. von Ziffer 3.2 werden nur dann vergütet, wenn der AN dem AG vor Beginn der Ausführung der geänderten Leistungen auf die zusätzliche Vergütungspflicht nach diesem Vertrag, den Umfang der Abweichung vom bislang geschuldeten Planungssoll sowie den voraussichtlichen Umfang des zusätzlichen Arbeits- und Zeitaufwandes schriftlich hinweist.
5. Kommt es nicht zu einer Einigung über die zusätzliche Vergütung, gelten die gesetzlichen Regelungen. § 650c Absatz 3 Satz 1 BGB gilt nicht.

Der AN ist aber verpflichtet, auf schriftliche Anforderung des AG seine Leistung auch dann sach- und fachgerecht zu erbringen, wenn eine Einigung über die Höhe der zusätzlichen Vergütung noch nicht erfolgt ist. Ein Zurückbehaltungsrecht an der geforderten weiteren Leistung steht ihm nur zu, wenn der AG sich abschließend weigert, berechnete zusätzliche Vergütungsansprüche dem Grunde nach anzuerkennen.

### **§ 11 Termine und Fristen**

1. Vertragsfristen werden spätestens 10 Wochen nach Vertragsabschluss gemeinsam festgelegt. Der AN ist verpflichtet, bis dahin einen detaillierten vorzulegen, der sowohl seine eigenen Leistungen als auch die Leistungen der bauausführenden Unternehmen betrifft. Der sog. kritische Weg nach DIN 69900 ist in dem Terminplan auszuweisen.

Erfüllt der AN diese Verpflichtung nicht - oder entsteht Streit zwischen den Parteien über die Festlegung von Vertragsfristen -, ist der AG nach vorheriger angemessener Fristsetzung berechtigt, die weiteren bzw. streitigen Termine für die vereinbarten Leistungsschritte bzw. für selbständige Teilleistungen zzgl. Termine für die bauausführenden Unternehmen nach billigem Ermessen gem. § 315 BGB - unter Berücksichtigung der Termine zu Ziffer 1 - festzulegen. Diese Termine sind verbindlich, es sei denn, ein unabhängiger Sachverständiger, auf den sich die Parteien auf Antrag einer Partei verständigt haben, weist nach, dass die vom AG festgelegten Termine nicht angemessen oder nicht einhaltbar sind. Wenn sich die Parteien nicht auf einen Sachverständigen einigen können, soll auf Antrag einer Partei die Präsidentin / der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Köln einen Sachverständigen bestimmen. Der Sachverständige soll nach den Grundsätzen der §§ 91 ff. ZPO über die Verteilung der Kosten der Begutachtung entscheiden.

Zu der Verpflichtung des AN, einen detaillierten Terminplan vorzulegen, wird unterstellt, dass der AN vom AG auch mit den Leistungen beauftragt wird, die nicht Gegenstand von § 4 Ziffer 1 sind - und zwar dergestalt, dass der AN seine Leistungen zu den entsprechenden stufenweisen (Anschluss-) Beauftragungen in direktem Anschluss an die Erbringung der Leistungen zur jeweils vorangegangenen Stufe erbringen kann. Kommt es zwischen den einzelnen Stufen mangels erforderlicher weiterer Beauftragung durch den AG zu Zeiträumen, in denen der AN keine weiteren Leistungen erbringen kann, wird der vorgenannte detaillierte Terminplan um diese Zeiträume fortgeschrieben. Die insoweit fortgeschriebenen Termine sind ebenfalls Vertragsfristen. Die Parteien werden fortgeschriebene Termine und Vertragsfristen jeweils in einem Zusatzvertrag zu diesem Vertrag gemeinsam feststellen.

2. Der AN hat die von ihm geschuldeten Leistungen auf Grundlage der Termine zu Ziffer 1 und auf Grundlage des Terminplanes/der Terminpläne zu Ziffer 2 zu erbringen. Die Einzelfristen des Terminplanes/der Terminpläne zu Ziffer 2 sind verbindliche Vertragsfristen.

Sofern die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung behindert (gehemmt oder verzögert) oder unterbrochen ist oder Behinderungen, Verzögerungen oder Unterbrechungen auftreten können bzw. bevorstehen, muss der AN dies dem AG unverzüglich schriftlich anzeigen und die Gründe für die Behinderung, Verzögerung oder Unterbrechung darlegen. Dies gilt auch dann, wenn die Behinderung, Verzögerung oder Unterbrechung offenkundig ist oder dem AG hätte bekannt sein müssen. Anderenfalls scheidet ein Anspruch auf Fristverlängerung aus. Gleiches gilt für die Behinderungen, Verzögerungen oder Unterbrechungen, die aus dem dynamischen Planungsprozess oder aus noch fehlenden Auftraggeberentscheidungen resultieren. Der AN hat dem AG durch die Behinderungs-, Verzögerungs- oder Unterbrechungsanzeige Gelegenheit zu geben, die notwendigen Entscheidungen treffen oder die hindernden / verzögernden / unterbrechenden Umstände beseitigen zu können.

3. Zu verbindlichen Vertragsfristen führen auch alle Termine, die im Rahmen von Planungs- und Projektbesprechungen oder in Ablaufplänen einvernehmlich schriftlich festgelegt werden. Ausnahmen sind nach vorheriger Absprache und Zustimmung des AG möglich.
4. Wenn und soweit ein geordneter Bauablauf oder Projektfortschritt dies erfordert, ist der AG nach Zustimmung durch den AN berechtigt, jeweils einen geänderten neuen Terminplan aufzustellen. Die Zustimmung des AN darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Dem AN ist bekannt, dass durch die Einwirkung Dritter der Fortschritt des Bauvorhabens aus Gründen, die weder AG noch AN zu vertreten haben, behindert werden kann. Das Eintreten entsprechender Verzögerungen berechtigt den AN nicht, einem neuen Terminplan seine Zustimmung zu verweigern oder seine Zustimmung an Bedingungen zu knüpfen.

Im Übrigen gilt Ziffer 2 (Festlegungsrecht nach § 315 BGB; Nachweismöglichkeit des AN durch einen unabhängigen Sachverständigen).

5. Für die Zeit der Bauausführung hat der AN in Abstimmung mit dem AG und ggf. den bauausführenden Unternehmen einen Bauzeitenplan aufzustellen und dessen Einhaltung zu beachten und einzufordern. Dieser ist kontinuierlich fortzuschreiben.
6. Der AN ist verpflichtet, alle für die Planung, Ausschreibung und Ausführung des Bauvorhabens erforderlichen Leistungen so rechtzeitig zu erbringen, dass die zwischen ihm und dem AG und zwischen dem AG und den anderen Planungsbeteiligten sowie den bauausführenden Unternehmen vereinbarten Termine eingehalten werden können und nicht gefährdet sind. Bei vom AN verschuldeten oder mitverschuldeten Terminverzögerungen hat der AN dem AG sofortige Ab- hilfemaßnahmen vorzuschlagen und von sich aus jedwede Beschleunigungsmaßnahmen einzuleiten, insbesondere verstärkt Personal einzusetzen. Nach Eintritt eines vom AN verschuldeten Leistungsverzuges ist der AG berechtigt, nach vorheriger Ankündigung auf Kosten des AN eine Selbstvornahme durchzuführen, Schadensersatz geltend zu machen oder den vom Verzug betroffenen Vertragsteil aus wichtigem Grund zu kündigen.

7. Bauzeitverlängerung

Die Bauzeit definiert sich über den gemäß §11 (2) gemeinsam zu vereinbarenden detaillierten Terminplan. Die Planungszeit vor Beginn der Bauarbeiten zählt nicht zur Bauzeit.

Kommt es zu einer durch den AN unverschuldeten Verlängerung dieser Bauzeit, ist ab dem 8. Monat der Verlängerung die Honorierung des AN in Abhängigkeit des zusätzlich entstehenden Aufwands zwischen AG und AN zu vereinbaren.

## **§ 12 Subplaner**

1. Der AN ist nach Maßgabe der folgenden Regelungen berechtigt, im eigenen Namen und auf eigene Rechnung Dritte zu beauftragen, die ihm obliegenden Leistungen zu erfüllen (Subplaner). Diese werden als Erfüllungsgehilfen des AN tätig.
2. Der AN hat die Verträge mit den Subplanern in der Weise zu gestalten, dass sie insbesondere im Hinblick auf Termin- und Kostensicherheit sowie Ansprüche wegen mangelhafter Planung und Versicherungspflicht den zwischen AG und AN geregelten Pflichten entsprechen. Der AN hat in den Verträgen mit den von ihm eingesetzten Subplanern weiterhin zu vereinbaren, dass eine weitere Untervergabe nur nach Einwilligung des AG zulässig ist.
3. Der AN hat die Planungs- und Geschehensabläufe der von ihm beauftragten Subplaner in technischer, terminlicher, vertraglicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu koordinieren, zu steuern und zu überwachen. Die Kommunikation zwischen Subplaner und AG erfolgt ausschließlich über den AN. Der AN stellt aber sicher, dass die Subplaner jederzeit für Rückfragen des AG und zu Besprechungen mit dem AG oder anderen Projektbeteiligten zur Verfügung stehen.

## **§ 13 Abnahme**

1. Die rechtsgeschäftliche Abnahme der Leistungen des AN erfolgt ausschließlich förmlich. Es gelten keine Abnahmefiktionen. Auch eine Abnahme durch konkludentes Verhalten des AG ist ausgeschlossen (wie z. B. durch Begleichung der Teil-Schlussrechnung oder der Schlussrechnung nach § 9 Ziffer 2 oder durch Inbetriebnahme oder behördliche Abnahme des Bauvorhabens).
2. Nach vollständiger und vertragsgemäßer Erbringung aller Leistungen bis einschließlich Leistungsphase 8 ist der AN berechtigt, eine rechtsgeschäftliche Teilabnahme dieser Leistungen zu verlangen. Kommt es zu einer solchen Teilabnahme, erfolgt die rechtsgeschäftliche Abnahme der danach vom AN noch zu erbringenden Leistungen nach deren vollständiger und vertragsgemäßer Erbringung (z. B. durch Begleichung der Teil-Schlussrechnung oder der Schlussrechnung nach Schlussabnahme).

Kommt es nicht zur Teilabnahme, erfolgt die Abnahme aller vom AN vertraglich geschuldeter Leistungen nach vollständiger und vertragsgemäßer Erbringung dieser Leistungen.

3. Der AG ist zur rechtsgeschäftlichen Abnahme verpflichtet, wenn der AN die für die Teilabnahme und/oder die Schlussabnahme relevanten vertraglich geschuldeten Leistungen in vollem Umfang erbracht hat und die Leistungen nicht mit wesentlichen Mängeln behaftet sind.

Verlangt der AN nach Erbringung aller insoweit relevanten Leistungen die Teilabnahme und/oder die Schlussabnahme, ist der AG verpflichtet, den Abnahmetermin innerhalb von 4 Wochen durchzuführen.

4. Über die rechtsgeschäftliche Abnahme ist ein Abnahmeprotokoll zu erstellen und von den Parteien zu unterzeichnen.

Für bei der Abnahme vom AG vorbehaltene Mängel verbleibt die Beweislast dafür, dass eine mangelfreie Leistung vorliegt, beim AN.

5. Eine Abnahme von stufenweise beauftragten oder erbrachten Leistungen kann der AN nur dann verlangen, wenn feststeht, dass es zu keinen weiteren (stufenweisen) Beauftragungen durch den AG kommt. Für diesen Fall gelten die vorstehenden Ziffern 1 bis 4 entsprechend.

#### **§ 14 Mängelhaftung/Schadensersatz und Verjährung**

1. Mängel- und Schadensersatzansprüche des AG gegenüber dem AN richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes vereinbart ist.
2. Für Ansprüche des AG nach Ziffer 1 gelten die gesetzlichen Verjährungsvorschriften. Soweit sich aus diesem Vertrag und/oder den gesetzlichen Vorschriften keine längeren Fristen ergeben, gilt für die Verjährung die Frist von 5 Jahren des § 634 a Abs. 1 Nr. 2 BGB.
3. Die Verjährung beginnt mit der Abnahme nach § 13 dieses Vertrages. Macht der AG von seinem Recht zur stufenweisen Beauftragung Gebrauch, beginnt die Verjährung für alle vom AN insoweit erbrachten Leistungen einheitlich. Sie beginnt mit der Abnahme des AG im Anschluss an die Erbringung der Leistungen des AN zu der zuletzt beauftragten Stufe.

Kommt es zu einer Teilabnahme gemäß § 13 Ziffer 2 Abs. 1, beginnt die Verjährung für alle vom AN bis dahin erbrachte Leistungen mit der Teilabnahme.

#### **§ 15 Inkrafttreten / Kündigung**

1. Dieser Vertrag tritt mit sofortiger Wirkung nach Unterzeichnung beider Parteien und nach erfolgter Zuschlagerteilung in Kraft.
2. Neben den hier aufgeführten Regelungen gelten die Regelungen des § 8 der Allgemeinen Vertragsbestimmungen der Stadt Kerpen zu Verträgen mit freiberuflich Tätigen - **Anlage 1** -. Eine Kündigung kann auch auf einzelne, selbständig bewertbare oder verwertbare Teilleistungen oder Leistungsteile beschränkt werden (Teilkündigung). Jede Kündigung bedarf der Schriftform.
3. Bei einer Kündigung des Vertrages sind AG und AN verpflichtet, innerhalb von 2 Wochen nach Vertragsbeendigung gemeinsam den zum Beendigungszeitpunkt erreichten Leistungsstand des AN festzustellen und zu dokumentieren, um nachträgliche Auseinandersetzungen über den erbrachten Leistungsstand möglichst zu vermeiden.

Ist bei der Prüfung des Leistungsstandes kein Einvernehmen zu erzielen, wird der Leistungsstand von einem vom AG und AN gemeinsam zu bestimmenden und auch gemeinsam zu beauftragenden Schiedsgutachter festgestellt. Einigen sich die Parteien nicht auf einen Schiedsgutachter, wird der Schiedsgutachter auf Antrag durch die Industrie- und Handelskammer Köln bestimmt. Die Feststellungen des Schiedsgutachters sind für die Parteien verbindlich, es sei denn, sie sind offenbar unbillig. Die Kosten des Schiedsgutachters tragen die Parteien je zur Hälfte; die Parteien sind auch je zur Hälfte dem Schiedsgutachter gegenüber kostenvorschusspflichtig.



## **§ 16 Wettbewerbsabsprachen**

Hat der AN anlässlich der Auftragsvergabe nachweislich eine Absprache getroffen, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er einen pauschalierten Schadensersatz in Höhe von 5 % des Honorars nach § 8 Ziffer 1 an den AG zu zahlen. Der AG kann einen höheren, der AN einen geringeren Schaden nachweisen. Der Schadensersatzanspruch ist unabhängig davon, ob der Vertrag bereits erfüllt ist.

## **§ 17 Haftpflichtversicherung des AN**

1. Der AN ist verpflichtet, für die Dauer der Bau- und Sachmängelhaftung eine Haftpflichtversicherung bei einem in Deutschland zugelassenen Versicherer auf eigene Kosten abzuschließen und für diese Dauer aufrechtzuerhalten mit folgenden Mindestdeckungssummen je Schadenfall:

1.500.000,- € für Personenschäden;  
500.000,- € für sonstige Schäden.

2. Der AN legt dem AG innerhalb von 21 Kalendertagen nach Abschluss dieses Vertrages eine schriftliche Erklärung des Versicherers oder eine gültige Versicherungspolice vor. Bei Ablauf der Versicherungspolice, Versicherungswechsel oder Ausfall des Versicherungsschutzes ist dies dem AG unverzüglich mitzuteilen bzw. einen entsprechenden Ersatz vorzunehmen.

Erfolgt ein entsprechender Nachweis trotz Mahnung und Nachfristsetzung nicht, ist der AG berechtigt, nicht aber verpflichtet, den entsprechenden Versicherungsvertrag abzuschließen und die ihm hierdurch entstehenden Kosten von Zahlungen an den AN abzuziehen. Der AG ist auch berechtigt, nicht aber verpflichtet, stattdessen den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen.

## **§ 18 Herausgabeanspruch des AG**

1. Die vom AN zur Erfüllung dieses Vertrags gefertigten und beschafften Unterlagen, insbesondere Original-Unterlagen einschließlich Daten und Datenträgern sind dem AG in der Anzahl und in der Form, die sich aus § 8 Ziffer 2 ergeben, jederzeit auf dessen Verlangen auszuhändigen, spätestens jedoch nach Abnahme aller Bauleistungen. Entsprechendes gilt für die dem AN vom AG überlassene Unterlagen. Alle Unterlagen werden Eigentum des AG.

Ein Zurückbehaltungsrecht des AN ist ausgeschlossen, es sei denn, die Unterlagen werden von ihm für die Vertragserfüllung benötigt.

2. Ziffer 1 gilt auch bei einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses.

## **§ 19 Urheberrecht/Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrecht des AG/Rechte Dritter**

Es gelten die Regelungen gem. § 6 der Allgemeinen Vertragsbestimmungen der Kolpingstadt Kerpen zu Verträgen mit freiberuflich Tätigen. -Anlage 1-



## **§ 20 Geheimhaltung**

1. AG und AN verpflichten sich, alle ihnen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Tätigkeit zu diesem Vertragsverhältnis bekanntwerdenden Daten, die nicht auf anderem Wege bereits bekannt oder zugänglich sind, vertraulich zu behandeln. Die Vertraulichkeit ist auch im Zusammenhang mit Erklärungen gegenüber Dritten, z. B. gegenüber der Presse, unbedingt zu wahren. Ohne Abstimmung mit dem AG ist eine Unterrichtung Dritter durch den AN, insbesondere eine Unterrichtung der Presse, über Baufortschritt, Termine und Baukosten nicht statthaft.
2. Der AN verpflichtet seine Mitarbeiter und die im Rahmen dieses Vertrages von ihm beauftragten Dritten zur Einhaltung der Geheimhaltungspflicht.

## **§ 21 Abtretungen/Verpfändungen**

1. Eine Abtretung von Zahlungs- oder sonstigen Ansprüchen des AN gegen den AG ist nur mit Zustimmung des AG wirksam. Der AG kann die Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. Soweit unter den Voraussetzungen des § 354 a HGB eine gleichwohl ohne Zustimmung des AG erfolgte Abtretung wirksam ist, ist der AG nach wie vor berechtigt, mit befreiender Wirkung an den bisherigen Gläubiger Zahlungen zu leisten.
2. Werden Zahlungsansprüche des AN gepfändet, ist der AG berechtigt, jegliche Zahlung für die Dauer der Pfändung bis zur ordnungsgemäßen Fertigstellung aller Auftragsarbeiten einzustellen. Entsprechendes gilt, wenn ein Antrag auf Eröffnung einer Insolvenz oder Vergleichsverfahrens über das Vermögen des AN gestellt worden ist oder solche Verfahren eröffnet werden.

## **§ 22 Geltendes Recht und Gerichtsstand**

1. Auf diesen Vertrag und dessen Auslegung findet ausschließlich deutsches Recht Anwendung.
2. Ausschließlicher Gerichtsstand bei Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist das für den Sitz des Auftraggebers zuständige Gericht.

## § 23 Schlussbestimmungen

1. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht berührt. Die Parteien sind verpflichtet, eine wirksame Bestimmung durch eine solche Bestimmung zu ersetzen, die in gesetzlich zulässiger Weise wirtschaftlich der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.

Im Falle einer Vertragslücke gilt die Bestimmung als vereinbart, die nach dem Vertrag im Übrigen und nach den wirtschaftlichen Zielsetzungen der Parteien mutmaßlich vereinbart worden wäre, hätten die Beklagten die Lücke bedacht.

2. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
3. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Auch der Verzicht der Parteien auf dieses Formerfordernis bedarf der Schriftform.
4. Bestätigungsschreiben sind nur dann verbindlich, wenn der Empfänger eine schriftliche Gegenbestätigung erteilt.

Kerpen, den

---

Thomas Jurcyk  
Bürgermeister

xxx, den

---

XXXXX

### Anlagen zum Planervertrag:

1. Allgemeine Vertragsbestimmungen zu Verträgen mit freiberuflich Tätigen (**Anlage 1**)
2. **Zusätzlichen Vertragsbestimmungen (ZVB-Tech, Anlage 2)**
3. Besonderen Vertragsbedingungen des Landes NRW zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW (BVB TVgG NRW), Formular 513 EU aus dem VHB NRW (**Anlage 3**)
4. Das Honorarangebot des AN– Honorarformblatt (**Anlage 4**)
5. Niederschrift und Erklärung über die Verpflichtung (**Anlage 5**)